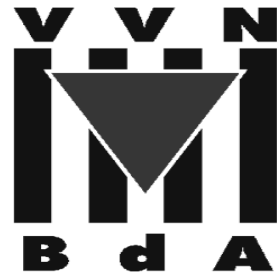


**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
(VVN-BdA)**

Kreisvereinigung Dortmund, Postfach 321,
Sander 44388 Dortmund, Tel. 0231 / 69 80 60



Dokumentation zum 60. Gründungstag, am 10. Februar 1947, der VVN, Kreisvereinigung Dortmund

Seit 60 Jahren VVN Dortmund

Entstehung der VVN an Rhein und Ruhr

I.

Als die amerikanischen Truppen Mitte April 1945 in das heutige Nordrhein-Westfalen einmarschierten und das Land von den Nazis befreiten, waren die Städte zerstört, die Infrastruktur zusammengebrochen und die Ernährungslage für die Bevölkerung katastrophal.

Viele Menschen waren ohne Bleibe. Familien waren auseinander gerissen, und bei vielen gab es die Ungewissheit über den Verbleib von Angehörigen. Die Ein-

wohner waren zermürbt, aber froh, nicht mehr in die Luftschutzbunker rennen zu müssen. Schon wenige Tage danach wurden vor allem in den Zechen und Fabriken Betriebsausschüsse und antifaschistische Initiativen aktiv. Im Widerstand gegen den Faschismus entstanden, haben sie Sabotageakte der Nazis verhindert und Zerstörungen unterbunden, die schlimmsten Nazis aus den Betrieben geworfen und ein allgemeines Chaos im Untergang der Nazi-Herrschaft verhindert. Weiter auf S. 2

Inhalt:

Teil I,	Entstehung der VVN an Rhein und Ruhr	Seiten von 4 – 16
Teil II,	60 Jahre VVN Dortmund, gegründet am 10. Februar 1947	Seiten von 17 – 18
Teil III,	Antrag der VVN-BdA Dortmund an die Landesdelegiertenkonferenz	Seiten von 18 – 20
Teil IV,	Veranstaltungen in Bochum und Düsseldorf	

Bereits am 23. April 1945 fand in der Anlernwerkstatt der Zeche „Prinz Regent“ in Bochum eine erste Konferenz mit Vertretern aus zehn Zechen, der Ruhr-Knappschaft und der Metallarbeiter statt. Die Versammlung kam überein, als Lehre aus dem Faschismus künftig Einheitsgewerkschaften nach dem Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ zu schaffen und für eine umfassende Entnazifizierung einzutreten.

Nachdem das Land an britische Besatzungsbehörden überging, die Oberbürgermeister und weitere Beamte, später 1946 Landtagsabgeordnete ernannte, bildeten sich schon bald auch auf kommunaler Ebene Ausschüsse mit Vertretern von Parteien, vor allem der SPD, der KPD und des christlichen Zentrum, das später weitgehend von der CDU geschluckt wurde. Aus Betriebsausschüssen bildeten sich neue Gewerkschaften auf örtlicher Ebene heraus. Gewerkschafter und Kommunalpolitiker hatten Maßnahmen zu beschließen, um die Lebensmittelversorgung zu

verbessern, die Trümmerbeseitigung zu verstärken, Wohnraum zu schaffen und den Schulunterricht zu qualifizieren.

Mit dem Vormarsch der alliierten Truppen hatten sich auch die vielen Konzentrationslager, Gefängnisse, Zuchthäuser, Zwangsarbeiterlager geöffnet. Dabei starben immer noch Menschen wegen gesundheitlicher Schäden oder an den Folgen des Hungers. Viele aber wurden befreit und kehrten an Rhein und Ruhr zurück. Sie halfen beim Wiederaufbau und bei der Schaffung demokratischer Strukturen.

Es wurde schnell klar, die Verfolgten und Widerstandskämpfer brauchten eine Organisation, die Hilfe organisiert, ihre sozialen und politischen Interessen vertritt und am Aufbau eines neuen Gemeinwesens teilnimmt.

So entstanden 1945 mit Zustimmung der Besatzungsbehörden in vielen Städten Hilfskomitees für die ehemaligen politisch Verfolgten.

Maßnahmen zur Entnazifizierung

Das politische Klima zu dieser Zeit war, damals auch unterstützt von der britischen Militärmacht, weitgehend antifaschistisch und demokratisch. In den Städten und Betrieben herrschte ein antifaschistischer Konsens der politisch tätigen Gruppen und Parteien.

In dieser Zeit gab es weitere Maßnahmen zur Entnazifizierung. So machten Bürgermeister per Plakatanschlag schon ab Juni 1945 die Umbenennung von Straßen bekannt.

Am 13. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler hatte der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus Westfalen zu einer Gedenkfeier nach Bochum eingeladen. August Vollmar (Gelsenkirchen) schilderte aus eigenem Erleben die Haft im KZ Buchenwald und forderte dazu auf, die richtigen Lehren aus den beiden Weltkriegen zu ziehen und nicht, wie nach

1918, den militärischen Zusammenbruch zu leugnen.

Der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus ging zu dieser Zeit daran, Gedenkstätten für die Toten zu schaffen. So gab der Ausschuss zur einjährigen Wiederkehr der Morde im Dortmunder Rombergpark, „mit Genehmigung der Militärregierung“, kunstvoll gestaltete Gedenkblätter heraus. Aus dem Verkaufserlös von 10 Reichsmark sollte der Bau von Ehrenmalen in Westfalen unterstützt werden. Auf Drängen der rheinischen und westfälischen Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus beschloss die inzwischen ernannte Landesregierung, in Bad Driburg ein erstes Erholungsheim für ehemalige KZ-Häftlinge aus Westfalen zu schaffen.

Im September 1946 erinnerten Antifaschisten erneut mit örtlichen Veranstaltungen, Kranzniederlegungen und Kund-

gebungen an den Kriegsbeginn vor sechs Jahren sowie an die Opfer des Faschismus. Die erste Woche im September eines jeden Jahres sollte zukünftig den Opfern des Faschismus gewidmet sein, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern „gemartert und gemordet worden sind“, das beschlossen die Komitees ehemaliger politischer Gefangener.

Nach einigen Vorbesprechungen und organisatorischer Vorbereitung trafen sich Widerstandskämpfer und Naziverfolgte, um auf städtischer Ebene einen Zusam-

menschluss der Verfolgten des Naziregimes zu gründen. Die Zusammenkünfte legten – einer Anregung eines zentralen Treffens in Frankfurt am Main folgend – fest, den Namen: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) ins Vereinsregister einzutragen.

Nun ging man daran, einen Zusammenschluss mit gleichgerichteten Vereinigungen auf Landesebene zu erreichen und eine „Landesorganisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu bilden“.

Vorbereitungen zur Gründung der VVN/NRW

Am 26. Oktober 1946 kamen in Düsseldorf rund 500 Delegierte und Gäste aus Nordrhein-Westfalen zusammen, um im Auftrag von 50.000 ehemaligen politischen Gefangenen, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes die VVN zu gründen. Der Tagungssaal war geschmückt mit den Fahnen und Wappen von Westfalen und dem Rheinland, sowie mit dem roten Winkel, „dem Kennzeichen jener deutschen Freiheitskämpfer, die sich nicht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gebeugt“ haben.

Neben dem Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen waren auch die vier Minister der Landesregierung August Halbfell (SPD), Eduard Kremer (parteilos), Hugo Paul (KPD) und Heinz Renner (KPD), der Oberbürgermeister von Düsseldorf Karl Arnold, der Ministerialdirigent Dr. Frenkel, die Regierungspräsidenten sowie zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister, Stadtdirektoren und Vertreter der Presse erschienen. Der Ministerpräsident dankte den Widerstandskämpfern für ihre Haltung und ihr Beispiel, dafür

„schuldet das deutsche Volk und ganz Europa ihnen Dank“, so Amelunxen.

Nach einer Totenehrung und einer Reihe von weiteren Grußreden wurde über die politischen und organisatorischen Aufgaben der VVN referiert und fünf Entschlüsse zu Fragen wie Wiedergutmachung, der Möglichkeit zur Öffentlichkeitsarbeit und der Verurteilung von Nazi-verbrechern beschlossen.

Die VVN wählte einen 9-köpfigen und einen „erweiterten Vorstand“ mit weiteren 12 Mitglieder und achtete darauf, dass alle politischen Richtungen und Religionsgemeinschaften vertreten waren. Die Versammlung bestimmte Josef Giboni aus Bochum zum Landessekretär.

Die Gründungsphase der VVN wurde im März 1947 mit der Durchführung einer „interzonalen Konferenz“ in Frankfurt am Main und der Bildung eines „Gesamtdeutschen Rates der VVN“ abgeschlossen.

Von Günter Gleising

60 Jahre VVN Dortmund **gegründet am 10. Februar 1947**

Informationen zur Tätigkeit der VVN-BdA Dortmund und des Internationalen Rombergpark-Komitees

Von Werner Groß, Lore Junge, Ulrich Sander und Agnes Vedder

Schon bald nachdem im April 1945 die Morde der Gestapo an den etwa 300 in- und ausländischen Widerstandskämpfern und Gegnern des Nazi-Regimes bekannt geworden waren, begannen Hinterbliebene der Opfer damit, sich zusammen zu finden. Schon kurze Zeit später – wenige Wochen nach den Morden – wurde ein Hinterbliebenen- und Gefangenenausschuss gebildet. Noch vor dem 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, tagten in Hörde die ersten gewerkschaftlichen antifaschistischen Gremien. Die Gestapo war geflohen. Um die Verwaltung und Versorgung zu organisieren und Aktionen untergetauchter Nazis zu verhindern, traten antifaschistische Ausschüsse an die Öffentlichkeit.

○ Nach der Entdeckung der Massengräber in der Bittermark und im Rombergpark wurden von der US-amerikanischen Besatzungsmacht (später war es die britische) die Nazis gezwungen, die Ermordeten auszugraben.

○ Die antifaschistischen Ausschüsse nahmen sich sofort der heimkehrenden Emigranten und KZ-Häftlinge an, um ihre Versorgung mit Wohnung, Kleidung und Lebensmitteln zu sichern. Ein Hilfskomitee richtete sich im Stadthaus ein. Dieses Komitee namens „Ausschuß für KZ-Häftlinge“ wurde von der Besatzungsmacht anerkannt und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet. Es bildete ein Verwaltungsorgan mit der Bezeichnung „Kreissonderhilfsausschuß“, dem angehörten: Wilhelm Volk (KPD), Eugen Schwörer (SAP), Ewald Sprave (SPD), später – nach der Rückkehr aus dem Konzentrationslager – kamen als Bei-

sitzer Max Reimann (KPD) und Fritz Henßler (SPD) hinzu. In Vororten bildeten sich Betreuungsausschüsse, die Auskünfte an die NS-Opfer erteilten. Neben der Beratung und Betreuung der Naziopfer und ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen war das Anliegen dieser Ausschüsse die Ehrung der Toten. Am 26. August 1945 fand auf dem Hansaplatz eine Trauerkundgebung statt, einberufen vom „Ausschuß für KZ-Häftlinge“. Redner waren: Fritz Henßler (SPD) und Jupp Smektala (KPD).

○ Am Karfreitag 19. April 1946 fand im Rombergpark, an jener Stelle, an der sich heute das Eingangsgebäude zum Zoo befindet, eine Gedenkstunde statt. Der Grundstein zu einem Ehrenmal im Rombergpark wurde gelegt. Es wurde ein Aufruf verbreitet, den so bekannte Antifaschisten unterzeichnet hatten wie Fritz Henßler für die SPD, Max Reimann für die KPD, Heinz Junge für die Freie Deutsche Jugend, Regierungspräsident Fritz Fries, Oberbürgermeister Wilhelm Hansmann, ferner Vertreter der CDU, FDP, der Gewerkschaften, der Falken und zahlreiche andere Vertreter demokratischer und antifaschistischer Organisationen. Am 13. April 1946 hatte die Westfälische Rundschau den Aufruf „Und ihr seid nicht vergessen“ zu dieser Manifestation veröffentlicht. Die Ruhr-Zeitung, Dortmund, veröffentlichte am 20. April 1946 einen Bericht mit längeren Auszügen aus der Rede des stellvertretenden Oberbürgermeisters Hans Kalt (KPD), der namens der Stadt sprach und die Verurteilung des früheren Gauleiters Albert Hoffmann verlangte, der die Opfer der Bittermark und des Rombergparks auf dem Gewissen habe.

○ Am 10. Februar 1947 wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Dortmund gegründet. Sie vertritt rund 2000 Opfer und Hinterbliebene. Jüdische, christliche, kommunistische, christdemokratische und sozialdemokratische Vertreter gehören dem Vorstand an.

○ 4. Mai 1947 – unter diesem Datum heißt es in der 1968 vom SPD Unterbezirk Dort-

mund herausgegebenen Schrift „Anfänge und Entwicklung der SPD in Dortmund“: „68 Mitglieder werden ausgestoßen, weil sie sich für eine Verschmelzung mit der KPD zur SED eingesetzt haben.“

Unter diesen Sozialdemokraten sind viele, die in der VVN mitarbeiten.

Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung

○ Der Hinterbliebenen- und Gefangenen-ausschuss und die VVN unternahmen große Anstrengungen, die NS-Mörder zu finden und dafür zu sorgen, dass sie vor Gericht gestellt werden. Schon im Verlaufe dieser Bemühungen leisteten sie Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und Sozialarbeit unter den NS-Opfern. Erna Mörchel, die Frau des ermordeten Bergarbeiters Erich Mörchel, erinnert sich in ihrem Bericht „Aus meinem Leben“: „Die Rente für mich und die Kinder war sehr klein. Als wir im Laufe der Zeit die Summe von 140 Mark bekamen, hatte die Frau von Hermann Göring schon 2.000 Mark Pension“.

○ Die SPD-Führung lehnte im Laufe der Zeit im Vorgriff auf den Kalten Krieg die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit Kommunisten ab und forderte in einem Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Mai 1948 die SPD-Mitglieder in einem „Unvereinbarkeitsbeschluss“ auf, der VVN den Rücken zu kehren und eine „Zentralstelle für politisch verfolgte Sozialdemokraten“ zu unterstützen. Dennoch bleiben viele SPD-Mitglieder der VVN treu, bzw. treten ihr später bei.

○ Die Bundesregierung verfügte in einer vom Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) unterzeichneten Beschluss, vom 19. September 1951, dass niemand im öffentlichen Dienst arbeiten dürfe, der der VVN angehöre. Auch andere Organisationen der Linken sind davon betroffen, so die KPD und die FDJ. Vorher, am 24. April 1951, hatte die Bundesregierung beschlossen, nicht nur die Aktion „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“ zu verbieten, sondern auch die Vereinigungen, die diese Aktion durchführen, so die VVN und die FDJ.

Das Innenministerium von NRW verbot den Gemeinde- und Stadträten, sich mit Petitionen zur Remilitarisierung zu befassen, die sowohl von Gewerkschaften als auch von der VVN in Bürgeranträgen vorgelegt wurden. Der Rat der VVN als bundesweite Organisation, in der auch die VVN der DDR vertreten ist, wird am 26. Juli 1951 von der Bundesregierung verboten und aufgelöst; die Regierung ruft alle Landesregierungen auf, die VVN-Landesvereinigungen ebenfalls zu verbieten, was auch in einigen Ländern geschieht, vorübergehend auch in NRW.

○ Während der Gerichtsverhandlungen 1951-52 gegen die Mörder vom Rombergpark und der Bittermark fanden außerhalb des Schwurgerichtssaals Kundgebungen und Versammlungen besonders von jungen Menschen statt. Der Ausschuss der Hinterbliebenen und Mitgefangenen war Mitveranstalter dieser Kundgebungen. Trotz eisiger Kälte waren am 15. Februar 1952 mehr als 3 000 Dortmunder Frauen, Männer und Jugendliche zu einer öffentlichen Kundgebung auf dem Hansaplatz dem Aufruf dieses Ausschusses gefolgt. Neben dem ehemaligen Major der Luftwaffe von Frankenberg riefen dort Hinterbliebene der Rombergpark-Opfer den Teilnehmern zu: **Die grausigen Ereignisse in der Karwoche 1945 sind eine ernste Mahnung. Es darf nie wieder Krieg und Faschismus geben.** Als etwa einen Monat später, am 16. März, wiederum die Hinterbliebenen zu einer Veranstaltung einluden, da sprachen Jugendliche im Namen ihrer ermordeten Väter und Mütter. Zwei Tage vorher, am 14. März, hatte das Plädoyer des Ersten Staatsanwaltes Stricker begonnen. Er hatte die im Prozess betriebene Antikommunistenhetze kritisiert. Er hatte das Verhalten der Angeklagten angepran-

gert, die in unzulässiger Weise ihre Aussagen bewusst auf die heutige Situation abgestellt hätten. („Was wollen Sie denn, es waren doch vor allem nur Russen; auch heute geht es gegen die Russen.“) Auf der neuerlichen Kundgebung, die in Dortmund-Hörde stattfand, wurde das Staatsanwaltsplädoyer aufgegriffen. In der Urteilsbegründung des Schwurgerichts in Dortmund, die am Freitag, dem 4. April 1952 gegeben wur-

de, spiegelt sich das Plädoyer des Staatsanwalts kaum wider. Darin sind den Angeklagten viele „mildernde“ Umstände für ihren Massenmord zugute gehalten worden. Nicht mit Beifall, sondern mit „Unerhört“ und „Pfui“ wurde das Urteil aufgenommen. Niemand wurde als Mörder verurteilt. Es gab nur Gefängnisstrafen bis zu 6 Jahren. Und die wurden nicht einmal voll abgesessen.

Gedenkfeier vor dem Forsthaus im Rombergpark am 12.9.1952

○ Jupp Wiegel aus Hamm sendet am 30.4.52 für die VVN Dortmund einen Beitrag an die Zeitung „Die Tat“, in dem er über den Rombergparkfolgeprozess gegen fünf Gestapo-Täter berichtet.

Im Arbeitserziehungslager Hunswinkel haben diese am 4. Februar 1945 14 kriegsgefangene Russen erschossen.

Die Russen wurden in eine Grube geführt und durch Genickschuss getötet. Das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei, die zwar eine Beihilfe zum Mord begangen hätten, aber ihnen sei nicht nachzuweisen, „dass sie die Unrechtmäßigkeit auch voll erkannt hätten“.

○ Die Stadt Dortmund genehmigt der VVN Dortmund am 12. September 1952 eine Gedenkfeier vor dem Forsthaus im Rombergpark zu „Ehren der Opfer der blutigen Karfreitags 1945“ mit den Auflagen, keinen geschlossenen An- und Abmarsch vorzunehmen, auf das Zeigen von FDJ-Emblemen zu verzichten, keine hoch- und landesverräterischen Inhalte zu zeigen, in Reden nicht gegen Gesetze zu verstoßen, in Straßen keine Zettel zu kleben – und dies alles gemäß Kontrollratsgesetz, Grundgesetz und „§1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.1933“.

○ Der Vorsitzende Richter Landgerichtsdirektor Anton Rheinländer schreibt am 25. Juni 1953 an die VVN Dortmund und droht ihr ein Strafverfahren an. Rheinländer war 1947 Mitbegründer der VVN Dortmund und führt nun politische Prozesse gegen VVN-Mitglieder, wogegen die VVN Dortmund protestiert hatte. Den Protestbrief, in dem

Rheinländer mit antifaschistischen Äußerungen von früher konfrontiert wurde, empfindet er nun als beleidigend.

○ Die VVN hat rechtzeitig und wiederholt gegen das Auftreten neuer SS-Organisationen und SS-Hilfsverbände protestiert. Am 16. und 17. Mai 1953, anlässlich der zweiten westdeutschen VVN-Delegiertenkonferenz der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Dortmund, wandten sich die VVN an das deutsche Volk: „Wie in den Jahren 1932 und 1933 werden Gesetz und Verfassung gebrochen, Friedenskämpfer verfolgt und eingekerkert, Menschenwürde missachtet und das Recht der freien Meinungsäußerung unterdrückt ... Beherzigt die Mahnung des Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner vor seiner Hinrichtung: ‚Genossen, vergesst die Einheit der Arbeiterklasse nicht!‘ ... Verteidigt auch heute in gemeinsamen Aktionen Eure sozialen und politischen Rechte. Verhindert einen neuen 2. Mai 1933 – zerschlagt die faschistische Entwicklung durch machtvolle Aktionen. Bildet überall Ausschüsse gegen den faschistischen Terror.“

Erzwingt das Verbot der faschistischen und militaristischen Organisationen.“ (Dokument Nr. 70, Zur Geschichte der VVN)

○ Am 9. Oktober 1953 richten die VVN Dortmund und die AVS Dortmund (Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten) gemeinsam den Antrag an den Oberbürgermeister, die Stadt Dortmund möge den in der Karwoche 1945 ermordeten Widerstandskämpfern „ein würdiges Mal immerwährender Mahnung setzen.“

Das Mahnmal in der Bittermark soll in das Gewissen aller dringen

○ 1955. Vor allem dem anhaltenden Verlangen der Verbandes der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten ist es zu verdanken, dass der Rat der Stadt Dortmund den Bau des Mahnmals in der Bittermark beschloss und entsprechenden Anträgen von SPD und KPD zustimmte. 1955 hat Max Heitland aus seiner Gefängniszelle heraus seine Aufgaben als Ratsvertreter von Dortmund wahrgenommen. Max Heitland, der schon in der Nazizeit wegen seines Widerstandes in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen hatte, war 1955 in der Ära Adenauer wieder als politischer Gefangener im Gefängnis. Zu den Entwürfen für das Mahnmal nahm er in einem Brief Stellung.

Er schreibt darin unter anderem: „Gewiss soll das Mahnmal in der Bittermark in das Gewissen der Besucher dringen, soll ihnen sagen von dem Grauen, dem unerhörten Leid und der Qual der toten Helden. Aber es muss so werden, dass das Verbrechen in der Bittermark und im Rombergpark nicht als Entgleisung der unmittelbaren Täter angesehen wird.“ Es „muss aber auch – und das ist ein dringendes Bedürfnis - vom Kampf gegen den Faschismus künden, es muss auffordern, den toten Heldenkämpfern nachzueifern.“

○ Dortmunder Antifaschistinnen und Antifaschisten unterstützen eine Gedenkkundgebung in Iserlohn „Die Toten mahnen die Lebenden“.

Am 18. September 1955 sind mit dabei: Paul Wittlake (Arbeitsgemeinschaft Buchenwald), Hilde Dorenkamp (Hinterbliebenenanschuss der Opfer im Rombergpark, Dortmund), IG Bergbau-Jugend Dortmund, Josef Grimm (Betriebsrat der Zollern-Germania-schächte Dortmund), F. Wichmann (Betriebsrat der Zeche Minister Stein Dortmund), W. Kaufmann (Betriebsrat der Zeche Hardenberg Dortmund) u.a.

○ Oktober 1955: In einem Brief an die Jüdische Gemeinde, z.Hd. Siegfried Heimberg,

bittet die VVN Dortmund darum, sich für die Freilassung des VVN-Präsidenten, des aus dem öffentlichen Dienst entlassenen Ministerialdirigenten a.D. Dr. Marcel Frenkel einzusetzen, dem „ein hochverräterisches Unternehmen“ vorgeworfen wird. Ein gleiches Schreiben geht an die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten.

○ August 1956: KPD-Verbot- Als die KPD verboten wurde und rund 10.000 Menschen wegen ihrer Gesinnung verfolgt wurden, da waren auch Mitglieder unserer Organisation unter den Opfern dieser Verfolgungen. Darunter Lore Junge aus Dortmund und andere Kameradinnen, die Kinderferienfahrten in die DDR organisierten, was ihnen als Fortsetzung der illegalen KPD ausgelegt wurde. Sie wurden bestraft. Auch Heinz Junge wurde zu Gefängnis verurteilt, weil er versucht hatte, als Einzelkandidat zur Wahl anzutreten.

Schon früher war der spätere VVN-Vorsitzende Ernst Marschefski wegen Verstoßes gegen das FDJ-Verbot für 18 Monate eingesperrt worden. Manche aus politischen Gründen verurteilte Antifaschisten, die bereits unter Hitler eingesperrt waren, mussten ihre Entschädigungsrente, die wegen der Leiden als NS-Verfolgte erhalten hatten, zurückzahlen.

○ Am 19. Dezember 1956 schreibt die VVN Dortmund an den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, um den Erlass einer Amnestie für politische Häftlinge zu erwirken. „Die politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des Naziregimes haben ihren leidensvollen Kampf für ein einheitliches und demokratisches Deutschland geführt.“

Eine politische Amnestie würde nach unserer Meinung das Ziel aller guten Deutschen, die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes nicht nur fördern, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zu einer innen- wie außenpolitischen Entspannung sein.“

Die Ermordung von 208 ausländischen Gefangenen

○ Im Dezember 1957 beschäftigte sich das Schwurgericht in Arnshagen in dem so genannten „Warsteiner Fremdarbeiterprozeß“

mit der Ermordung von 208 ausländischen Fremdarbeitern, darunter zahlreiche Frauen und Kindern. Die Mörder, die in bestiali-

scher Weise kurz vor Kriegsschluss wehrlose Menschen umbrachten, wurden zumeist Teil freigesprochen oder zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt.

Die Vorgeschichte: Vom 20.-22. März 1945 werden 57 ausländische Zwangsarbeiter aus dem Lager Suttroper Schule in Warstein und aus der Sauerlandhalle auf Befehl des SS-Generals Dr. Kammler erschossen. Es werden auch 71 Arbeiter aus dem Lager Sauerlandhalle geholt und erschossen, andere kamen aus weiteren Lagern. Die Erschießungen erfolgten im Langenbachtal bei Warstein auf dem Gelände Dortmunder Industrieller. Kammler hatte verkündet: „Das Fremdarbeiter-problem wird für die deutsche Bevölkerung existenzbedrohend. Wir müssen jetzt Vergeltung üben. Wir müssen die Zahl der Fremdarbeiter dezimieren.“ Nach den Erschießungen und Verschleppungen wurde die Sauerlandhalle in Warstein von der SS angezündet. Französischen Arbeitern gelang es, Tausende eingeschlossene Russen aus der Halle zu befreien. (aus den Prozessakten des Prozesses In Arnsberg) In diesem Prozeß wurde auch Ernst-Moritz Klönne, Industriellensohn aus Dortmund verurteilt. Frau Agnes Vedders Mann, Aloys Karl Vedder, hatte in Entnazifizierungsverfahren Ende der 40er Jahre gegen Klönne ausgesagt, denn er war Dolmetscher in dem Werk des Dortmunder Industriellen Ernst-Moritz Klönne, der an den Warstein-Morden beteiligt war. Die Dortmunder VVN-BdA hat starken Anteil an dem Prozeß genommen.

○ November 1958: Die VVN Dortmund protestiert in einem Schreiben an Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder (CDU, früher SA) gegen dessen Äußerung auf dem Kongreß der Polizeigewerkschaft, die VVN sei „verfassungsfeindlich“. „Die politisch, religiös und rassistisch verfolgten Mitglieder, die in der Dortmunder Kreisvereinigung ohne Unterschied ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung zusammengeschlossen sind, haben in ihrem Kampf für die humanistischen Ideale des Widerstandes gegen die Barbarei des nationalsozialistischen Unrechtsstaates ungeheure Opfer gebracht.“

Unter ihnen seien Opfer der blutigen Karwoche 1945, ehemalige Häftlinge in den Todesmühlen der KZs, in Zuchthäu-

sern, Gefängnissen und Gestapohöhlen – sie „werden durch solche Äußerungen in der Öffentlichkeit diskriminiert.“ Schröders Äußerung widerspreche der Feststellung des Bundestages, „dass alle, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand entgegengesetzten, sich um das Wohl des deutschen Volkes und Staates ein Verdienst erworben haben.“ Es unterzeichneten für die VVN Dortmund Willi Herzog (ehem. Resistanc-Kämpfer), Dr. Joseph Rossaint (führend im katholischen Widerstand) und Hans Schlesinger (ehem. Widerstandskämpfer, Lehrer). – 1960 stellt Schröder einen Verbotsantrag gegen die VVN. Der Antrag wird nicht verhandelt, weil das Bundesverwaltungsgericht sich zurückzieht und nie wieder die Verhandlung aufnimmt, nachdem ein VVN-Mitglied im Zuschauersaal Dokumente über die Nazivergangenheit der Richter verbreitete.

○ Seit Ende der 50er bis Ende der 60er Jahre wohnt Dr. Joseph Rossaint in Dortmund. Der ehemalige katholische Geistliche war einer der Anführer des katholischen Widerstandes gegen die Nazis, er hat acht Jahre im Zuchthaus verbringen müssen. Er ist nun Präsident der Bundesorganisation der VVN und nimmt an der Arbeit der Dortmunder VVN regen Anteil.

○ Februar 1959: Die VVN Dortmund veröffentlicht einen enthüllenden Pressebeitrag zum Fall des SS-Offiziers und Mörders bei den Polizeieinsätzen im Osten Braschwitz. Dr. Rudolf Braschwitz, war seit 1933 in SS und NSDAP, zuletzt ab 1943 SS-Sturmbannführer.

○ Am 11. Oktober 1959 veranstaltet die VVN eine Protestkundgebung zu dem Thema: „Steuern wir wieder zum ‚SS-Staat‘? – Macht Schluß mit der Unterwanderung durch die Totengräber der Demokratie“. Der in Dortmund lebende Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer FIR und langjährige Präsident der VVN, der Leiter des katholischen Widerstandes und langjährige Häftling Dr. Josef Rossaint hält die Rede. Heinz Junge und Willi Herzog legen ebenfalls Dokumente über die Tätigkeit der Dr. Braschwitz und Dr. Menke, ehemals SS-Sturmbannführer und Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes, vor, die nun die

Dortmunder Kriminalpolizei leiteten. Die VVN Dortmund hatte zu dieser Kundgebung auch aus Anlaß der immer dreisteren Auftritte der SS die Initiative ergriffen. So hatte SS-General Meyer (genannt Panzermeyer) kurz zuvor erklärt: „Wir nehmen den Staat

wie er ist oder wie er sein sollte, wobei wir vor allem und zuerst dankbar sein wollen, dass es ihn überhaupt gibt, und sei er nur ein verfassungsmäßig deklariertes Übergang für kommende Entwicklungen.“

Einweihung des Denkmals in der Bittermark

○ Karfreitag 1960 wird das Denkmal in der Bittermark eingeweiht, – es ist wohl einzigartig in Deutschland. VVN-BdA und IRPK (Int. Rombergparkkomitee) betonen später, „dass es dem Anspruch nach einem würdigen und dauerhaften Gedenken an die Karfreitagsmorde gerecht wird.“

○ Am 1. September 1960 erscheint das „Weissbuch der VVN – In Sachen Demokratie“, herausgegeben vom Präsidium der VVN. Es enthält so manche Bezüge zu Dortmund. Es erinnert an die Fälle Braschwitz und Dr. Menke, vom Reichssicherheitshauptamt, jetzt Dortmunder Kriminalpolizei. Eine Publikation der Gewerkschaft ÖTV wird zitiert: „Unverantwortlich erscheint es uns nämlich, den ehemaligen SS-Sturmbannführer, Kriminalrat Dr. Menke, als Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund einzusetzen, obwohl den verantwortlichen Herren im Innenministerium die SS-Akte des Herrn Dr. Menke bekannt war und er auf Einspruch der Gewerkschaft ÖTV eben wegen seiner NS-Vergangenheit für eine Ernennung als Leiter des Landeskriminalamtes auch vom Innenministerium aus als nicht würdig befunden wurde. Hierbei fragen wir uns, warum man aber der Bevölkerung im Bereich der Kreispolizeibehörde Dortmund mit einer Einwohnerzahl von 750 000 zumutet, sich der kriminalpolizeilichen Sicherheit eines ehemaligen SS-Sturmbannführers anzuvertrauen? ... Dr. Menke hat also dank seiner Aktivität im Dritten Reich nicht nur einen rasanten Aufstieg in einer Berufslaufbahn als Kriminalist

erleben können, sondern erfreute sich auch eines großen Wohlwollens seiner SS-Vorgesetzten im Reichssicherheitshauptamt.“ (Zitat aus: Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen – Mitteilungsblatt der ÖTV-Bezirksfachabteilung Polizei v. Sept. 1959) Auch die Justiz wurde durchleuchtet.

So zum Fall Dr. Bruchhaus. „Er war Staatsanwalt beim sogenannten ‚Volksgerichtshof‘ und ist heute Staatsanwalt in Wuppertal. Er hat an Todesurteilen gegen die deutschen Antifaschisten ... Walter Richey aus Dortmund Barop-Hörde, und anderen mitgewirkt.“ Während NS-Opfer keine oder winzige Renten bekamen, sah es bei den alten Nazis besser aus. Dazu das Zitat: „PAGENKOPF, Dr., SA-Obersturmbannführer; NS-Bürgermeister von Dortmund – Erhält 42.000 DM Entschädigung“ (Süddeutsche Zeitung, 30. 8. 1958)

○ Ostern 1960. Das Internationale Rombergparkkomitee nimmt seine Arbeit auf. Bekanntlich waren unter den Ermordeten von Bittermark und Rombergpark auch Antifaschisten aus den umliegenden Städten, wie Lünen, Hagen, Bochum, Lippstadt, Lüdenscheid und Meinerzhagen. Auch hier wurde und wird der Gestapo-Opfer gedacht.

Vertreter aus diesen Städten arbeiten im IRPK mit, ferner Vertreter aus den Ländern, aus den die Opfer stammten.

Die ersten Ostermärsche im Ruhrgebiet

○ Ostern 1961 - Die ersten Ostermärsche im Ruhrgebiet fanden im Jahre 1961 statt und waren von der Beteiligung noch eher bescheiden. VVN-Mitglieder waren von Anfang an dabei.

Treffpunkt der Ostermarschierer am Ostermontag war Bochum, von hier aus ging es Richtung Werne zum Marktplatz, wo eine Rast eingelegt wurde, um dann nach Dortmund zum Hansaplatz/Marktplatz zur Abschlusskundgebung zu marschieren. Auf der

Dortmunder Abschlusskundgebung des Ostermarsches von 1961 drückten die Teilnehmer in einem „Europäischen Manifest“ ihre Erwartung und Forderung nach „einer Politik ohne Bombe“ aus.

○ Zahlreiche ehemals Verfolgte und Widerstandskämpfer aus den Reihen der Kommunistischen Partei wurden während der Ära Adenauer erneut verfolgt. Die größte Orga-

nisation von ehemaligen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, die VVN, sollte 1960 verboten werden. Dank zahlreicher nationaler und internationaler Proteste ist es nicht zum Schlimmsten, zum Verbot dieser Organisation, gekommen. Der VVN-Verbotsprozeß platzte am 29. November 1962: Die Richter waren alte Nazis.

Die Notstandsgesetzgebung zu Lasten der Demokratie

○ Seit 1968, also seit fast 40 Jahren, ist Gisa Marschewski Generalsekretärin des IRPK. Es war die Zeit, da die VVN in besonderem Maße am Widerstand gegen die weitere Ausbreitung der NPD beteiligt war. Mit Billigung des Dortmunder Polizeipräsidenten und Oberbürgermeisters fanden zahlreiche NPD-Kundgebungen statt, die auf erheblichen Protest der Öffentlichkeit stießen. Die demokratische Öffentlichkeit – vor allem die Gewerkschaftsbewegung – hat zudem in jener Zeit gegen die Notstandsgesetzgebung, d.h. die Grundgesetzänderung zu Lasten der Demokratie – gekämpft.

○ April 1969 - Der Kampf gegen ein weiteres Anwachsen des Neonazismus und die Gefahren von weiteren Wahlerfolgen der NPD für das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik standen im Mittelpunkt der 22. Landesdelegierten-Konferenz der VVN am 20. April 1969 in Dortmund.

Sie verwies dabei auf das Urteil des Landgerichtes Hannover, das die NPD als „arbeitnehmerfeindlich, antidemokratisch, neonazistisch und rechtsradikal“ gekennzeichnet hatte. Gefordert wurde das Verbot der NPD und die Verteidigung des Grundgesetzes.

○ Der September 1969 bringt eine Bundestagswahl mit einem Erfolg für Willy Brandts SPD und eine Niederlage für die NPD, der der Einzug in den Bundestag verweigert wurde. Ihr vorläufiger Niedergang beginnt.

Die VVN-BdA hat diese Entwicklung auch mit vielen Aktionen in Dortmund mit er kämpft. In der Folge wird eine neue Ostpolitik nach außen möglich, aber auch die Berufsverbotspolitik nach innen – von der auch Dortmunder VVN-Mitglieder betroffen sind.

○ Mitglieder der VVN-BdA besuchen seit den 60er Jahren z.B. mit Schülern das Mahnmal in der Bittermark, sprechen und diskutieren über den Faschismus, vermitteln Zeitzeugen zu Gesprächen und Vorträgen vor allem in Schulen. Hier möchten wir beispielsweise unsere Kameradin und Präsidentin des IRPK Celin van der Hoek de Vries aus Amsterdam erwähnen. Trotz ihres hohen Alters und der Tatsache, dass sie durch die Hölle von Auschwitz gehen musste, ist sie immer bereit, besonders vor jungen Menschen von ihren Erfahrungen als antifaschistische jüdische Widerstandskämpferin zu berichten. Weitere Aktivitäten der VVN seit jener Zeit: Eintreten für Internationale Entspannung und Frieden, Kontakte zu den sieben Ländern, aus denen Opfer der Rombergpark- und Bittermarkmorde zu beklagen sind: Sowjetunion/Russland, Polen, Belgien, Frankreich, Niederlande, Jugoslawien, Deutschland. (Seit 2005 haben VVN-BdA und IRPK eine Vernetzung mit 60 Orten hergestellt, in denen ebenfalls „Kriegsendphasen-verbrechen“ zu melden waren. Seit den 90er Jahren arbeiten auch Ukrainer und Weißrussen mit.)

UdSSR-Widerstandskämpfer zu Gast / Auslandskulturtage / Entspannungspolitik

- Auslandskulturtage mit der UdSSR finden im Jahr 1973 im Westfalenhallengelände statt. Der Widerstandskämpfer aus der Sowjetunion, einst Zwangsarbeiter in Dortmund, Anatoli Aslanow ist Leiter des sowjetischen Pavillons. Er wird zum Präsidenten des Internationalen Rombergparkkomitee gewählt. VVN und IRPK nehmen starken Anteil an der Entspannungspolitik. Mit Hilfe der Dortmunder Antifaschistinnen und Antifaschisten und mit Unterstützung von Oberbürgermeister Günter Samtlebe wird Dortmund zu einem Zentrum des Ringens um die Ratifizierung der Ostverträge und der Verständigung mit dem Osten.
- Die faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland fanden in den 70er Jahren ihr Ende. Auch die Dortmunder Antifaschistinnen und Antifaschisten übten stets Solidarität mit den Menschen in jenen Ländern. Der 11. September 1973 war ein neuer schwarzer Tag: Die faschistische Militärjunta siegte in Chile über das Volk. „Der Putsch der Militärjunta in Chile wirft die Frage der faschistischen Gefahren, ihrer Ursachen und ihrer Akteure wie der Rolle des Antikommunismus, auch in unserem Lande, auf.“ So heißt es in einem Aufruf des Internationalen Rombergparkkomitees zum Karfreitaggedenken, der von zahlreichen Persönlichkeiten unterstützt wurde. 1974. Flüchtlinge aus Chile, die nach Dortmund kamen, erfuhren die Solidarität der Dortmunder Demokratinnen und Demokraten.
- 1981. Das Kuratorium „Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945“ wird gebildet, und zwar auf Einladung des Oberbürgermeisters. IRPK und VVN gehören ihm an. Die VVN: „Es gibt uns die Zuversicht, dass die jährlichen Gedenkundgebungen am Mahnmal in der Bittermark weiterhin eine Manifestation zur Erinnerung an die Karfreitagsverbrechen des Nazi – Systems bleiben werden.“ Das Kuratorium gestaltet in einem Gebäude am Westpark (Museum am Westpark) die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945“, die vorher in kleinerem Rahmen von der VVN als Wanderausstellung gezeigt wurde.
- Seit Beginn der Wiederaufrüstung ist die VVN in Dortmund aktive Kraft in der Friedensbewegung und bei den Ostermärschen. Oft findet der Ostermarsch seinen Abschluß in Dortmund. Zudem hat der Krefelder Appell mit einer Großkundgebung am 21. November 1981 nach Dortmund geladen. Die Unterschriftensammlung gegen die atomare Nachrüstung bekommt einen erheblichen Schub durch die Demo durch Dortmund.
- 23. August 1985: Die nazistische Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) versucht, in der Schlosserstraße Nähe Westfalenhütte mit Hilfe der alten neonazistischen „Borussenfrontkader“ ein Zentrum in einer Wohnung zu etablieren. Dies schlug aber fehl. Denn Hunderte Arbeiter besetzen die Straße. Am Eingang zur Westfalenhütte wurde am selben Tag eine Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Belegschaftsmitglieder enthüllt.
- 31.3. 1988 – Das Internationale Rombergparkkomitee veranstaltet im legendären Bürgerhaus Parkhaus Barop ein Konzert mit der Gruppe von Esther Bejarano „Erinnern für die Zukunft – Lieder aus dem Widerstand“.
- November 1988: 50 Jahre Reichspogromnacht. Mahnwachen und Demos der VVN-BdA in Dortmund. Von nun an wird jährlich an die von Goebbels so genannte „Reichskristallnacht“ erinnert.
- Vom 5. bis 9. Juni 1991. Evangelischer Kirchentag in Dortmund. Die VVN beteiligt sich mit Infoständen und Diskussionsrunden. In einer Diskussionsrunde berichtet Kurt Piehl über die Vorgänge in der Steinwache, über die Verfolgung nichtkonformer Jugend in der Nazizeit in Dortmund, insbesondere der Edelweißpiraten.
- Am 14. 10. 1992: Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der ständigen Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 – 1945“ wird ihrer Bestimmung übergeben. Nachdem die Sammlung von historischen Exponaten des Widerstandes und der Verfolgung aus dem Besitz von VVN-Mitgliedern bereits seit 1981 in einem

Gedenkmuseum der Stadt im Westpark gezeigt wurden, wurde nun die Steinwache am Nordausgang des Hauptbahnhofes als Ort der Dauerausstellung eingeweiht. VVN-Mitglieder stehen als Museumsführer zur Verfügung. Viele Tausend Besucherinnen und Besucher gehen durch die Steinwache, einem ehem. Gestapogefängnis (Hölle von Westfalen). Die VVN gehört dem Kuratorium für die Steinwache an. Mitglieder der VVN sind an der Gründung des Fördervereins Steinwache beteiligt.

○ 1993: Die VVN-BdA Dortmund und ihre Vorstandsmitglieder werden mittels der Schwarzen-Droh-Liste „Einblick“ der neonazistischen AntiAntifa bedroht.

○ September 1993: Die VVN Dortmund beschließt auf ihrer Jahreshauptversammlung ein Papier zum Eingreifen der VVN in die Wahlkämpfe 1994 – und zwar auf antifaschistische Weise. Das Papier wird der VVN-BdA in ganz Deutschland als Empfehlung zugeleitet.

Vorbereitung der Aktionen zum 50. Jahrestag der Befreiung

○ Oktober 1994: Die VVN-BdA Dortmund legt einen Aufruf zur Vorbereitung der Aktionen zum 50. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus vor. Sie spricht sich dafür aus, ein Mahnmal für die Opfer der NS-Militärjustiz in Dortmund zu schaffen. Die den Neonazismus verharmlosenden Reden des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hovermann werden verurteilt. Die Stadt Dortmund wird aufgefordert, regelmäßig Berichte über die Neonaziszene vorzulegen. Mit der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen wird vereinbart, zur Aufklärung über die Naziszene verstärkt zusammenzuarbeiten.

○ Februar 1994: Die VVN-BdA Dortmund nimmt Stellung zu einem Prozess, in dem gegen Neonazis nach Paragraph 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) verhandelt werden soll. Die Staatsanwaltschaft hatte den Prozess beantragt, der nur nach Intervention höherer Gerichte dann vor einem unwilligen Gericht in Dortmund verhandelt wird. Die VVN-BdA forderte die Durchführung des Prozesses.

○ Februar 1994: Die VVN-BdA Dortmund erarbeitet ein Papier „Unsere Stadt soll sauber sein“ – Für eine Kommunalpolitik gegen Neonazis, Rechtsextremisten und ihren Nährboden. Das Papier zur antifaschistischen Kommunalpolitik wird der in Essen tagenden antifaschistischen Landeskonferenz am 5. März 1994 vorgelegt und ist eine Handreichung für viele Gruppen im Land.

○ 14. April 1995: Gisa Marschefski, die Tochter eines der in der 1945 Bittermark Ermordeten, spricht erstmals für das Inter-

nationales Rombergparkkomitee auf der städtischen Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Bittermark. In den Jahren zuvor vertrat die damalige Präsidentin Meta Vannas das Internationale Rombergparkkomitee.

○ November 1995: Antifaschisten veröffentlichten Recherchen des Kriminalhistorikers und ehemaligen Kriminalkommissars Alexander Primavesi (siehe Neues Deutschland 23. 10. 95). Dieser hatte herausgefunden: „Allein sieben hohe Funktionäre aus dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin wurden nach 1945 bei der Dortmunder Polizei angestellt, darunter der Chefermittler im Führerhauptquartier gegen die Männer des 20. Juli 1944, Dr. Bernhard Wehner.“ Der stellvertretende Leiter der Dortmunder Kriminalpolizei in den 50er Jahren, Dr. Rudolf Braschwitz, sei im Reichssicherheitshauptamt für das Referat „Bekämpfung des Kommunismus“ tätig gewesen. „Leiter der Kriminalpolizei wurde der einstige Dortmunder Polizeiobers Stöwe, dem versuchter Mord an 30.000 Menschen vorgeworfen worden ist.“ Im Zuge der Kriegsendphasenverbrechen wollten Gauleiter Hoffmann und Polizeiobers Stöwe 1945 Tausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Bergwerken ertränken, was verhindert wurde.

○ 29. Mai 1996 - Die VVN-BdA fährt mit einer Delegation zur Manifestation der niederländischen Zwangsarbeiter in Overloon.

○ 23. August 1996: Die VVN-BdA veröffentlicht in Dortmund (u.a. Westfälische Rundschau) Enthüllungen über die Versäumnisse der NS-Fahndungsstelle in Dortmund. Sie

der NS-Fahndungsstelle in Dortmund. Sie hatte als Zentralstelle für die Ermittlung gegen NS-Massenverbrechen die Akten des SS-Mörders Erich Priebke verschwinden lassen und hatte – unter Leitung von NS-Juristen – auf vielfältige Weise für die Schonung von Naziverbrechern gesorgt.

○ 1. Dezember 1996: Dortmunder VVN-Mitglieder, darunter Hans Frankenthal, treten in Hagen auf einer Veranstaltung auf, bei der der SS-Mörder Hubertus Bikker entlarvt wird, der nach seiner Verurteilung in den Niederlanden jahrelang in Westdeutschland unbehelligt leben konnte.

○ Dezember 1996: Veröffentlichungen der VVN-BdA im WDR über die Teilnahme Dortmunder Polizisten an den Morden der NS-Polizeibataillone.

○ 30. Januar 1997: Veranstaltung der VVN-BdA aus Anlass des Jahrestages der Machtübertragung an Hitler, bei der 1933 auch Dortmunder Industrielle mitwirkten. Es wird gefordert, die Springorum-Straße in Paul-Mainusch-Straße umzubenennen.

○ September 1997: Bürgerantrag u.a. der VVN-BdA an den Rat der Stadt Dortmund. Es wird gefordert, dass sich die Stadt gegen den

Bau des Eurofighters wendet. Der Bürgerantrag wird angenommen.

○ November 1997: Pressekonferenz der VVN-BdA und des Internationalen Rombergparkkomitees zur Begegnung mit einem bisher unbekanntem ehemaligen Zwangsarbeiterkind, das sich aus der Ukraine meldete und im Krieg bei deutschen Antifaschisten versteckt wurde. Tatjana Schkolenko aus Kiew wurde als Kind mit ihrer Mutter von der Wehrmacht nach Dortmund verschleppt und vegetierte in einem Lager in der Nähe des Sunderweges, während ihre Mutter Zwangsarbeit leisten musste.

Als sie schwer erkrankte, sprach ihre Mutter verzweifelt ihr unbekanntes Deutsche an, die das Kind Tatjana zu sich nahmen und bis zum Kriegsende gesund pflegten. Tatjana Schkolenko wurde von nun an Mitglied des Internationalen Rombergparkkomitees. Dort trifft sie auch Irmgard Gau, geborene Obertin, wieder. Die Familie Obertin hatte Tatjana gerettet. Die katholische Maximilian Kolbe-Stiftung hatte Irmgard Gau auf Bitten von Tatjana Schkolenko ausfindig gemacht.

Großveranstaltung „Europa der Kulturen“

○ 25. November 1997. Das Dortmunder VVN-Mitglied und Vorsitzende westfälischer jüdischer Gemeinden, Hans Frankenthal, wird auf der Bundesversammlung des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln zum Bundesvorsitzenden gewählt.

○ 12./13. Dezember 1997: Großveranstaltung „Europa der Kulturen“ zum Abschluss des Jahres gegen Rassismus in der Westfalenhalle. Die VVN-BdA unterschreibt den Abschlussaufruf der u.a. vom DGB gestalteten Veranstaltung.

○ 14. November 1998. Deutsch-Griechisches Solidaritätstreffen in Dortmund. Auf Einladung der VVN-BdA kommen Vertreter der Opfergemeinden aus Griechenland nach Dortmund, berichten über das Schicksal als Opfer der Massaker der Gebirgstruppe 1942 bis 1944. Es spricht

u.a. der führende griechische Widerstandskämpfer Manolis Glezos. Gemeinsam wird Wiedergutmachung verlangt und die Bestrafung der Täter gefordert.

○ 1. April 1999: Das Internationale Rombergparkkomitee tagt erstmals in einer Situation, da Deutschland wieder Krieg führt. Das Komitee protestiert und stellt fest: „Jeden Respekt vor der Geschichte Jugoslawiens verweigernd und gegen deutsche Verfassung, Nato-Vertrag, KSZE-Vertrag und UNO-Charta verstoßend, beteiligt sich Deutschland an einem Aggressionskrieg gegen ein Gründungsmitglied der UNO. Wir Opfer des NS-Regimes und Antifaschisten verschiedener europäischer Länder protestieren ...“

○ 2000: Die VVN-BdA ist Mitbegründerin und aktives Mitglied des Bündnisses Dortmund gegen Rechts. Ostern 2000 hatten

sich erstmals seit Jahren wieder Neonazis in Dortmund in größerer Zahl versammelt und hatten ausländische Kinder geschlagen. Die Gründung des Bündnisses und Mahnwachen und Demonstrationen sind die Antwort.

○ Juli 2000: Der Neonazi Michael Berger ermordet in Dortmund und Waltrop drei Polizisten und erschießt sich dann selbst.

Obwohl die Neonazis einen Aufkleber verbreiten mit dem Text: „Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland“ wird das Verbrechen von der Justiz als unpolitisch eingestuft, die Ermittlungen gegen Bergers Hintermänner werden gar nicht aufgenommen.

Viele Tausend Menschen gegen den Aufmarsch der Neonazis

○ Am 21. Oktober 2000 und 16. Dezember 2000 kommt es zu Naziaufmärschen in Dortmund. Einem Aufruf folgend, demonstrieren viele Tausend Menschen dagegen. Hunderte Jugendliche werden bei beiden Protestaktionen von der Polizei eingekesselt und wegen ihres demokratischen Proteste kriminalisiert.

○ 2000/2001: Wir weisen in Aktionen darauf hin, dass Tausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Dortmunder Betrieben, vor allem den Zechen und Stahlwerken, im Krieg Sklavenarbeit leisten mussten. Wir treten für ihre Entschädigung ein. Wir laden einige von ihnen wiederholt nach Dortmund ein.

○ Die VVN-BdA fordert Denkmalschutz für das Lagergelände des ehemaligen Auffanglagers der Stahlindustrie und der Gestapo an der Hermannstr./Hoesch-Emschertor in Hörde.

Von hier sind 1945 viele Opfer zur Erschießung in die Bittermark gebracht worden, darunter zwei Jüdinnen und viele Russinnen.

○ Anlässlich zum März 2001 geplanter neuer Naziaufmärsche in Dortmund entscheidet das oberste Gericht von NRW, das

Oberlandesgericht Münster: „Eine rechts-extremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren.“ Damit wird der Aufmarsch der Nazis verboten; allerdings hat das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung rückgängig gemacht und die Naziaufmärsche als Äußerungen „missliebiger“ Meinungen verharmlost und zugelassen. In Petitionen an den Landtag fordert die Dortmunder VVN das Parlament und die Landesregierung auf, sich den Spruch des OVG Münster zu eigen zu machen. Der Petitionsausschuss des Landtages begrüßte den OVG-Beschluß (dessen Aktenzeichen: Az 5 B B 585/01). Der Ausschuss befürwortete ein entschiedenes Vorgehen gegen Neonazis und wies zugleich zustimmend auf die entsprechende umfangreiche Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster hin.

○ Am 16. März 2002 genehmigt die Polizei einen großen „Musik-Event“ der Neonazis. Der Öffentlichkeit wird die Zusammenarbeit von Polizei und Nazis bei der Durchführung des „Konzertes“ in Form einer Geburtstagsfeier verschwiegen. Die VVN-BdA wie viele andere demokratische Gruppen protestiert in einem Brief an den Landtag.

Strafanzeige gegen die Neonaziband Oidoxie und Weiße Wölfe

○ 1. Februar 2003 in Dortmund: Konferenz antifaschistischer Initiativen, Organisationen und Bündnisse aus NRW im Dietrich-Keuning-Haus. Der DGB-Landesvorsitzende Walter Haas sendet ein Grußwort. Die Mitwirkung von Zeitzeugen wie Heinz Junge, Henny Dreifuss, Valentin Frank, Lore Junge, von Experten wie Ulla Jelpke, Alfred Scho-

bert (DISS) und Kurt Heiler (VVN Aachen) wird stark beachtet. Es werden Aussagen zum Vorgehen gegen den anwachsenden Antisemitismus gemacht. Die Ergebnisse werden in den Antifaschistischen Informationen vom Mai 2003 dokumentiert.

○ 12. 3. 2003: Die VVN-BdA erstattet Strafanzeige gegen die Mitglieder der Dortmunder Neonazibands „Oidoxie“ und „Weiße Wölfe“. Zuvor passierte dies: Ein von der Polizei erlaubter und geschützter Nazi-Aufmarsch zielt auf einen Versammlungsraum, in dem eine Antifaveranstaltung stattfand, in der unsere Kameradin Lore Junge über Widerstandskämpfer sprach, die den Karfreitagsmorden zum Opfer gefallen sind.

○ September/Oktober 2003: Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ wird in Dortmund gezeigt. Die VVN-BdA arbeitet im Forum der Ausstellung mit und richtet Ver-

anstaltungen zum Thema mit aus. Im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung kommt es am 20. 9. 03 zu Demonstrationen gegen Nazis, die die Ausstellung stören wollen. Eine der Demonstrationen findet vor der Staatsanwaltschaft am Gerichtsplatz statt. VVN-BdA, Griechische Gemeinde und Bundesverband für die Opfer der Militärjustiz überreichen dem Oberstaatsanwalt für die Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Massenverbrechen 200 Fälle von Gebirgsjägern der Wehrmacht, die an Massakern gegen die Zivilbevölkerung in Griechenland und Italien teilgenommen haben.

Die „Scherbenspur“ zum Andenken an die Pogromnacht

○ Im Rahmen der Wehrmachtausstellung organisieren Dortmunder Antifaschisten eine Fahrt zum ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stalag VI A in Hemer. Sie legen einen Kranz zu Ehren der rund 20.000 sowjetischen Kriegsgefangenen nieder, die hier ums Leben kamen.

○ Bei der Gedenkveranstaltung „Scherbenspur“ zum Andenken an die Reichspogromnacht senden die Teilnehmer am 9. November 2004 ein Schreiben an die Landesregierung. Der Brief, der von der VVN-BdA initiiert wurde, befasste sich mit dem ungeheuerlichen Tabubruch von Bochum, wo es am 26. Juni den Neonazis erlaubt wurde gegen den Bau einer Synagoge mit einer antisemitischen Hetzkundgebung anzugehen.

○ Am 7.12.04 und am 11. 1. 05 tagte die Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Dortmund und beschloss ein Papier, das sowohl auf der Landes- wie Bundeskonferenz der VVN-BdA Zustimmung fand: „Gefahr aber droht nicht nur durch ein Erstarren des Rechtsextremismus sondern auch durch weitere Fehlentwicklungen auf staatlicher Ebene: Fortschreitender Demokratieabbau, „Umbau“ des Rechtsstaates, Tolerierung faschistischer Umtriebe ... Schließlich die neue Europaverfassung: Sie bedeute den "Abschied vom Grundgesetz" und Festschreibung des neoliberalen Kurses und der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik. Die Rechtsentwicklung manifestiert sich auch in der Bundeswehr.“ Wir fordern: „Durchsetzung des Prinzips „Eine rechtsext-

remistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss des OVG NRW, Az 5 B B 585/01)“ Ferner: „Stärkung des Bündnisses gegen Sozialabbau und antisoziale Hochrüstung, der Bewegung der Montagsdemonstrationen und der Gewerkschaftsaktionen im Lande, denn Hartz IV und Agenda 2010 sind der Weg in eine Vergangenheit, in der den Nazis mit ihren sozialdemagogischen Positionen das Vorankommen auf dem Hintergrund von Sozialabbau und Beseitigung demokratischer Rechte erleichtert wurde.“

○ Am 24. und 25. März 2005 tagte das Internationale Rombergparkkomitee im Rathaus, und hatte aus Anlaß des 60. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus die Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Städte zu Gast, in denen es ebenfalls Kriegsendphasen-verbrechen wie in Rombergpark und Bittermark gab (z.B. Penzberg und Gardelegen). Es wurde eine Vernetzung dieser Städte und ihrer antifaschistischen Gruppen verabredet. Verabschiedet wurde eine gemeinsame Erklärung.

○ Ostermontag 2005 wird ein junger Familienvater aus der Punkszene von einem Anhänger der neonazistischen Kameradschaften erstochen. Die Justiz bezeichnet den Vorgang als unpolitisch und verurteilt den 17-jährigen Täter nicht wegen Mord. Die VVN-BdA protestiert und zeigt sich solidarisch mit den Freunden des Opfers Thomas Schulz, genannt „Schmuddel“.

○ September 2005: Die Naziszene veranstaltet einen „Antikriegstag“. Sie darf zum Krieg hetzen, denn es heißt „nie wieder Krieg – nach unserm Sieg“. Die Anzeige der VVN-BdA gegen die Urheber der Kriegshetze und des Antisemitismus („die Angehörigen des gelobten Landes sind nach unserm Sieg im Himmel“) wird vom Generalstaats-

anwalt in Hamm nicht für ausreichend angesehen.

○ Im Jahre 2006 – wie schon drei Jahre zuvor – ist die VVN gemeinsam mit der IG Metall sehr erfolgreich mit einer Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ – sie wird in der Volkshochschule, in einer Gesamtschule und in einem Falken-Heim gezeigt.

Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland

○ 2006: Die VVN-BdA Dortmund tritt nun schon seit vier Jahren bei der Dortmunder NRW-Zentralstelle für NS-Massenverbrechen dafür ein, dass die Kriegsverbrecher der Gebirgstruppe, die Tausende griechische Zivilisten und italienische Kriegsgefangene ermordeten, zur Rechenschaft gezogen werden. 2003 (während der „Wehrmachtsausstellung“) war diese Stelle der Staatsanwaltschaft schon einmal aktiv geworden, aber im Sinne der Gebirgsjäger und gegen den VVN-Sprecher Ulrich Sander, dessen Computerarchiv zweiundeinhalb Jahre lang beschlagnahmt wird. Ein im Juli 2006 nach München abgegebenes Verfahren gegen einen Gebirgsjäger, der auf der griechischen Insel Kephallonia mitgemordet hat, wird von der bayerischen Justiz eingestellt.

○ Auf der Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Dortmund am 15. Oktober 2006 wird ein Bericht von Ursula Richter entgegengenommen, die für die VVN-BdA im Bündnis Dortmund gegen Rechts mitwirkt. Sie berichtet: „Hervorzuheben ist, dass die Kampagne des Bündnisses gegen den Naziladen Donnerschlag erfolgreich angelaufen ist mit Unterschriftensammlung und Demo mit 1500 TeilnehmerInnen. Ersatz- und Zusatzanmietungen für den Laden der Nazis konnten verhindert werden. Die Nazis bei ihren Aufmärschen zu stoppen – wie es der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus angekündigt hatte – verwirklichte sich nicht. Das Bündnis bleibt Gesprächsbereit, wenn auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis (so am Antikriegstag) nicht einfach war und ist. Positiv ist auch ein Wochenendworkshop zu nennen.“ Schwerpunkte der weiteren Arbeit: „Aufklärung, Antifagespräche, Aktionen nach eigenen Initiativen und Gegenaktionen gegen die Nazis. Wiederholt gab es Provokationen der Nazis, die sich nachhaltig – vor allem durch die Bildungsarbeit des Bündnisses – gestört fühlen.“

○ Am 15. November 2006: Veranstaltung des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte (Köln) in Dortmund-Martens (Zwar-Gebäude) zur sozialen und pflegerischen Betreuung von älteren NS-Verfolgten und Opfern. Die VVN-BdA ist neben Jüdischer Gemeinde und Gedenkstätte Steinwache Mitveranstalter. Worum geht es bei dieser Veranstaltung? Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende sind die Überlebenden der NS-Verfolgung zunehmend auf Unterstützung im täglichen Leben angewiesen. Gleichzeitig bringt der Alterungsprozess bei vielen ein Wiederaufleben alter Traumata mit sich. Der Bundesverband Beratung und Information für NS-Verfolgte e.V. möchte mit seinem Projekt „Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter“ die Pflege als auch die Angebote in der Altenhilfe für NS-Verfolgte verbessern und erweitern. Die Informationsveranstaltung des Projekts richtet sich an Angehörige und an Beschäftigte in der Altenpflege. Es werden anhand von Impulsreferaten besondere Aspekte in der Versorgung von NS-Verfolgten vermittelt.

○ Dezember 2006: Ein dreiundeinhalb Jahre zuvor gestellter Strafantrag der VVN-BdA gegen die Nazibands Oidoxie und Weiße Wölfe kommt nach Absprachen zwischen Nazianwälten und Gericht nicht zustande. Der Prozeß droht zu platzen, nachdem der Innenminister einem V-Mann Aussageverbot erteilte. Das V-Mann-System zum Nutzen der Nazis!

○ Am 6. 2. 2007 teilt das Stadtplanungsamt der Stadt Dortmund der VVN-BdA mit, dass im Raum Pfortnerloge/Emschertor an der Hermannstr. in Hörde im Rahmen der Umgestaltung des Geländes zu einem See in geeigneter Weise eine Stätte des Gedenkens an die Insassen und Opfer des hier im Kriege befindlichen Auffanglagers für Zwangsarbeiter geschaffen werden soll.

Damit wird ein langgehegter Wunsch der VVN-BdA und anderer Antifaschistinnen und Antifaschisten wahr. So hatten die Naturfreunde Kreuzviertel im Februar 2004 erklärt: Sie unterstützen „die Initiative des Rombergparkkomitees und der VVN-BdA nach Errichtung einer Gedenkstätte für die Zwangsarbeiter auf dem ehemaligen Gelände (Pfortnerloge) von Thyssen-Krupp-Stahl in Hörde. Die Erinnerung an die unter der Naziherrschaft beim Dortmund-Hörder-Hüttenverein durchgeführte Zwangsarbeit und an die unmenschlichen Opfer darf nicht im neu zu schaffenden Phönix-See untergehen. Insgesamt sollte die Auseinandersetzung mit der menschenver-

achtenden Zwangsarbeit während der Nazizeit mehr Platz in der Öffentlichkeit eingeräumt werden. Deshalb fordern wir als Ausstellungsform und Information die Einbeziehung dieser besonderen Thematik.“

○ Anfang 2007: Die VVN Dortmund begeht ihren 60. Gründungstag und bereitet sich – wie schon seit Jahrzehnten – auf die Karfreitagsveranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Bittermark und des Rombergparks vor, ferner auf den Ostermarsch für Frieden, Abrüstung, gegen Atomwaffen, für Demokratie.

III.

Antrag der VVN-BdA Dortmund an die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW

(beschlossen am 7.12.04 und am 11. 1. 05 auf der Jahreshauptversammlung)

Es vergeht kaum ein Tag und kein Wochenende, an dem nicht in unserem Bundesland faschistische Banden auf den Straßen und Plätzen aufmarschieren. Die V-Leute-Praxis gerade des NRW-Verfassungsschutzes hat zur Stärkung des Neonazismus und zur faktischen Bestandsgarantie für die NPD geführt. Die Polizei sieht dem Treiben der Nazis wie gelähmt zu und verweist auf die skandalösen Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Gunsten der Naziumtriebe.

Gefahr aber droht nicht nur durch ein Erstarken des Rechtsextremismus sondern auch durch weitere Fehlentwicklungen auf staatlicher Ebene: Fortschreitender Demokratieabbau, Otto Schilys beharrlicher Umbau des Rechtsstaates, Tolerierung faschistischer Umtriebe bis hin zur skandalösen Duldung des Neonazi-Marsches gegen den Synagogenbau in Bochum und zu antisemitischen Aktionen ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht. Die CDU hat eine Hauptforderung der Neonazis aufgegriffen: Schluß mit Multikulti.

Schließlich die neue Europaverfassung: Sie bedeute den "Abschied vom Grundgesetz" und Festschreibung des neoliberalen Kurses und der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik. Die Rechtsentwicklung manifestiert sich auch in der Bundeswehr. Sie übt Folter ein und praktiziert sie – das ist kein Ausrutscher, sondern Ausdruck der Aggressivität der Bundeswehr mit ihren weltweiten Einsätzen.

Wir dürfen nicht nachlassen, diese Entwicklung zu bekämpfen. Vor diesem 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, gilt es, die Zusammenarbeit aller Demokraten, das Zusammengehen von Friedens-, Antifa- und Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Unsere Organisation konzentriert sich im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus, das ja auch ein Landtagswahljahr ist, auf folgende nächste Ziele:

1. Durchsetzung des Prinzips „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss

des OVG NRW, Az 5 B B 585/01) Damit wird beigetragen zur Wiederherstellung des Verfassungsprinzips des Artikel 139 GG, das die 1945/46 geschaffenen Bestimmungen zur Zerschlagung von NS-Organisationen auch für das Heute, verbindlich regelt. Höchste NRW-Richter haben sich mit ihren Urteilen gegen die Neonazis gewandt. Ihre Rechtssprechung sollte endlich für das Land NRW volle Gültigkeit erhalten. Das Land NRW soll die Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster gegen den Nazismus zur Grundlage jeden staatlichen Handelns machen.

2.

Wiederherstellung des Konsens in der Gesellschaft unter der Losung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ entsprechend dem Vermächtnis des deutschen Widerstandes. Dies ist die richtige Antwort auf eine Schlusstrichpraxis, die allenfalls die Losung „Nie wieder Auschwitz“ gelten lassen will und Angriffskriege auf die Tagesordnung setzte und setzt.

3.

Durchsetzung wirkungsvoller kommunalpolitischer Positionen des Antifaschismus und der Friedenserziehung in den Städten und Gemeinden von NRW. Die VVN-BdA hat dazu ihre Vorschläge vorgelegt. Wir rufen alle Kommunalpolitiker/innen auf, diese Vorschläge in der Praxis anzuwenden. Wir unterstützen die Aktion „Stolpersteine“ zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus.

4.

Antifaschistische und antimilitaristische Geschichtsarbeit in den Schulen und unter der Jugend, ferner umfassende Unterstützung der Bewegung für „Schulen ohne Rassismus“. In einer Zeit, da wir auf die Zeitzeugengeneration leider fast ganz verzichten müssen, sind wir aufgerufen als Angehörige und Hinterbliebene wie auch als antifaschistische Mitstreiter der älteren Generation ihren Auftrag zu übernehmen. Wir gedenken in NRW besonders der Opfer unter den ausländischen Antifaschisten und Widerstandskämpfern in den letzten Tagen des Krieges im „Ruhrkessel“ von 1945 und wollen ihr Vermächtnis bewahren. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften begehen wir den 8. Mai als 60. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus und wir unterstützen auch alle Kräfte, die in diesem Sinne Erinnerungsarbeit betreiben.

5.

Stärkung des Bündnisses gegen Sozialabbau und antisoziale Hochrüstung, der Bewegung der Montagsdemonstrationen und der Gewerkschaftsaktionen im Lande, denn Hartz IV und Agenda 2010 sind der Weg in eine Vergangenheit, in der den Nazis mit ihren sozialdemagogischen Positionen das Vorankommen auf dem Hintergrund von Sozialabbau und Beseitigung demokratischer Rechte erleichtert wurde.

IV.

Aus der Zeitschrift „antifa“ (Januar 2007):

Veranstaltungen in Bochum und Düsseldorf

Die Oberbürgermeisterin feierte mit

Die VVN in Bochum wurde als eine der ersten deutschen Kreisvereinigungen der VVN gegründet - lange vor den landesweiten und deutschlandweiten Gründungen. Am 30. September 2006 bereits erinnerte die VVN-BdA Bochum daran auf einer Veranstaltung im katholischen Jugendheim der Stadt. Herausgegeben wurde eine Broschüre zum Jubiläum. Klaus Kunold, Bochumer

VVN-Vorsitzender, hob besonders hervor, dass die VVN auch heute notwendig ist und die geschichtliche Lehre aus Faschismus und Krieg vor allem auch der Jugend vermittelt werden müsse. In einem Grußwort würdigte Bochums Oberbürgermeisterin, Dr. Ottilie Scholz, die Arbeit der VVN und dankte für ihr großes Bürgerengagement. Sie betonte besonders den heutigen Kampf ge-

gen den Neonazismus. Beeindruckend war die Teilnahme von zahlreichen Zeitzeugen, u. a. von Fred Salomon, dem einzigen noch lebenden Delegierten bei der VVN-Gründung auf Landesebene. Wenige Tage nach der Veranstaltung traf man sich erneut vor dem Polizeipräsidium in der Umlandstraße, um eine Gedenkfeier für den linken Journalisten und KPD-Stadt-verordneten

Karl Springer durchzuführen, der im Polizeipräsidium 1936 zu Tode misshandelt worden war.

Zu dem Jubiläum hat die VVN ihre seit längerem angekündigte Broschüre unter dem Titel „60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid“ veröffentlicht.

Dr. Ottilie Scholz (SPD), Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum, führte in der Broschüre wie auch in ihrer Rede auf der Geburtstagsfeier aus:

Nach Ende des Krieges trafen sich auch in Bochum Männer und Frauen, um die Kernaussage des Schwurs von Buchenwald umzusetzen, den ‚Kampf erst einzustellen, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht‘ und dem Ziel zu folgen, ‚eine neue Welt des Friedens und der Freiheit‘ aufzubauen.

en. Mit der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes haben sie in unserer Stadt ein Zeichen gesetzt. Neben der Mahnung und Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus nahm sich die VVN vor allem der Betreuung von Opfern dieses menschenverachtenden Regimes an.“

60 Jahre VVN im Savoy-Theater in Düsseldorf gefeiert

Die Geburtstagsfeier für die VVN-BdA Landesvereinigung NRW fand am 28. Oktober 2006 in Düsseldorf statt. In der Jungen Welt schrieb Micha Aschmoneit dazu u. a.:

Mehr als 350 Gäste waren der Einladung der NRW-Sektion der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in das Düsseldorfer Savoy-Theater gefolgt, um dort den 60. Geburtstag der Landesorganisation zu begehen. 1946 eigentlich als »Kampfbund gegen Faschismus« geplant, verbot die Besatzungsmacht den Namen, ließ die Organisation jedoch als VVN zu, die sich 1971 auch durch die Namensergänzung »Bund der Antifaschisten« für Menschen öffnete, die selber nicht den Naziterror erleben mußten. Die Feier war keine reine Jubelveranstaltung. Der nordrhein-westfälische VVN-BdA Landessprecher Jupp Angenfort wies schon in seiner Eröffnungsrede darauf hin: »Wenn wir sagen, Antifaschismus ist die Losung der Zukunft, dann heißt das auch, dass wir die Gefahr des Faschismus für die Zukunft sehen«.

dessen Diskussion sich an die Eröffnungsrede anschloss.

Die deutschen Kämpferinnen und Kämpfer der französischen Resistance Henny Dreifuss und Gerhard Leo saßen neben den Historikern Hans Coppi (Sohn der ermordeten Hilde und Hans Coppi aus der Widerstandsgruppe Rote Kapelle) und Ulrich Schneider (Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, FIR).

An ihrer Seite diskutierten Jupp Angenfort und Anna Rolland (SDAJ), gekonnt moderiert von Dirk Krüger.

Krüger insistierte mit der Frage, warum sich immer noch zuwenig Jugendliche in der VVN-BdA organisierten. Ulrich Schneider betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von antifaschistischen Bündnissen mit Jugendlichen, die andere Organisations- und Aktionsformen bevorzugten. Einig waren sich alle Diskutanten darin, daß es noch unausgeschöpfte Möglichkeiten des Zugehens auf Jugendliche gibt. Kontrovers ging es zu bei der Frage, inwieweit zum Antifaschismus auch die Positionierung der VVN-BdA zu

Unter den Besuchern war ebenso jede Altersstufe vertreten wie auf dem Podium,

aktuellen sozialpolitischen Themen kommen solle.

Die Antworten reichten von der Betonung der gemeinsamen antifaschistischen Werte, die nicht durch sozialpolitische Differenzen gefährdet werden dürften, bis hin zu der - mehrheitlich vertretenen - Position, daß eine glaubwürdige antifaschistische Politik gerade auch diese Themen ansprechen müsse. Exzellent moderiert von Klaus Winkes, folgte am Abend der kulturelle Teil mit dem Schauspieler Andreas Weißert und den Liedermachern Frank Baier und Rolly Brings.

Aber zunächst flackerten Ausschnitte aus dem DEFA-Film »Ein Tagebuch für Anne Frank« über die Leinwand. Nicht nur das Leiden der Opfer wurde erneut deutlich, sondern auch das bequeme Leben der Mörder im Westteil Deutschlands.

Der Film endete mit den Worten: »Du warst ihr Opfer, Anne Frank, aber Deine Mörder sind im westdeutschen Teil unserer Heimat wieder da. Für Dich war das Grauen namenlos. Wir kennen ihre Namen. Wir wissen, daß sie noch einmal dasselbe tun würden, wenn wir es nicht verhindern.«
M.A.

Foto

**Dortmund, 23. 8. 1985 –
Einweihung der Gedenktafel für die Opfer des Faschismus,
Gelände Hoesch-Westfalenhütte**

Westfälische Rundschau (Dortmunder Rundschau) Freitag 12. Januar 2007

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) begeht im Februar ihren Jahrestag

60 Jahre Kampf gegen Faschismus

Von Alexander Völkel

Sie waren politisch Andersdenkende, rassistisch nicht opportunistisch oder hatten einen anderen Glauben. Daher wurden sie von den Nazis verfolgt, inhaftiert und viele von ihnen ermordet. Die Überlebenden des Naziterrors gründeten die VVN, die jetzt seit 60 Jahren besteht.

Am 10. Februar 1947 riefen sie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Dortmund ins Leben. Sie vertrat rund 2000 Opfer und Hinterbliebene. Jüdische, christliche, kommunistische, christdemokratische und sozialdemokratische Vertreter gehörten dem Vorstand an. Doch der Kalte Krieg zerstörten die politische Einheit der VVN. Doch sie blieb ihren damals gesetzten Zielen treu - bis heute.

Aufklärungsarbeit ist Schwerpunkt

Auch wenn die Zeitzeugen und Überlebenden heute nicht mehr leben, die Vereinigung gibt es noch heute. Ihre Kinder sind aktiv. Und seit 1972 versteht sich der Verband nicht nur als Opferorganisation, sondern auch als Bund der Antifaschisten. Darin sieht die Vereinigung ihre Aufgabe. „Wir halten die VVN auch heute noch für ungeheuer wichtig. Nicht wegen der Verfolgung damals und der Sozialarbeit für Überlebende, sondern wegen der Geschichts- und Aufklärungsarbeit“, erklärt der VVN-Landessprecher Ulli Sander. „Das ist im Sinne der Opfer.“

So lädt die Dortmunder VVN, die heute von Agnes Vedder (80) geleitet wird, zu Vorträgen ein, organisiert Ausstellungen und Zeitzeugengespräche. Und durch ihre beharrliche Arbeit haben sie viele Prozesse gegen Neonazis angestoßen. Allerdings sind viele nicht im Sinne der Antifaschisten ausgegangen - zuletzt war der Prozess gegen die „Weißen Wölfe“ an einem Aussageverbot für einen Verfassungsschutzmitarbeiter gescheitert.

Mit der Justiz hatten schon die VVN-Begründer Probleme. Die Angehörigen der Opfer hatten sich schon kurz nachdem im April 1945 die Gestapo-Morde an den etwa 300 Widerstandskämpfern und Gegnern des Nazi-Regimes in der Bittermark und im Rombergpark bekannt wurden, getroffen. Der gegründete Hinterbliebenen- und Gefangenenausschuss und die VVN unternahm große Anstrengungen, die NS-Mörder zu finden und dafür zu sorgen, dass sie vor Gericht gestellt wurden.

Schon im Verlaufe dieser Arbeit leisteten sie Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und Sozialarbeit unter den NS-Opfern. Dabei wurden sie immer wieder mit Alt-Nazis konfrontiert, die auch nach dem Krieg noch Schlüsselpositionen in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft inne hatten. VVN-Mitglieder wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen und teilweise wegen Landesverrats inhaftiert. Der Grund: Die Opfer hatten sich 1945/46 geschworen, sich in ihrem Kampf gegen den Faschismus nicht wieder trennen zu lassen. Trotz der deutsch-deutschen Teilung wollte die VVN daher gesamtdeutsch weiterarbeiten und hielt Kontakt - doch das war Landesverrat.

Durch diese Konflikte zerbrach auch die politische Einheit: Saßen zuvor die Vertreter der demokratischen Parteien noch paritätisch im Vorstand der VVN zusammen, wurde beispielsweise den Sozialdemokraten eine Mitgliedschaft in der VVN verboten. Offiziell gilt dieses Verbot noch heute.

Bildtexte zu drei Fotos: Seit 1960 finden jedes Jahr zu Karfreitag Gedenkveranstaltungen am

Mahnmal in der Bittermark statt. – Agnes Vedder leitet die Dortmunder Gruppe. Ulrich Sander ist Landessprecher der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen. – Bittermark: Ein Mahnmal für 300 Opfer des Nazi-Regimes.

Hintergrund:

- + Wenige Wochen nach den Morden im Frühjahr 1945 wurde ein Hinterbliebenen- und Gefangenenausschuss gebildet.
- + Am 19. April 1946 fand im Rombergpark die erste Gedenkstunde statt.
- + Am 10. Februar 1947 wird die Dortmunder Sektion der VVN ins Leben gerufen. Sie zählt 2000 Mitglieder.
- + Am 12. September 1952 genehmigt die Stadt unter strengen Auflagen eine Gedenkfeier im Rombergpark zu „Ehren der Opfer des blutigen Karfreitags 1945“.
- + Am 9. Oktober 1953 beantragen die VVN und die AG verfolgter Sozialdemokraten die Errichtung eines Mahnmals. Erst 1955 beschließt der Rat die Errichtung eines Mahnmals in der Bittermark - vor allem wegen des Drucks der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten. Es wird erst Karfreitag 1960 eingeweiht.
- + 1981 wird auf Initiative des OB das Kuratorium „Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945“ gegründet. Die VVN arbeitet mit und stellt viele Archivstücke für die gleichnamige Ausstellung zur Verfügung, die in einem kleinen Museum im Westpark zu sehen waren. Heute werden sie in der Steinwache gezeigt.
- + Zum 50. Jahrestag der Reichpogromnacht 1988 organisiert die VVN Mahnwachen und Demos, die jetzt jährlich stattfinden.
- + Am 11. Februar 2007 wird die VVN im Wichernhaus ihr 60-jähriges Bestehen feiern.